

Oktober 2026

Ratsbericht

Europabüro Brüssel

Ehrgeizige Agenda, offene Baustellen: Der Marathongipfel der EU zu MFR, Wettbewerbsfähigkeit und Ukraine

Europäischer Ratsgipfel am 15.-16. Oktober 2026

Dr. Beatrice Gorawantschy, Jonas Althoff, Lavinia Klarhoefer, Meike Lenzner, Tim Hellmann, Dr. Friedrich Püttmann¹

Beim ersten regulären Ratsgipfel im Rahmen der irischen Präsidentschaft hatten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs eine der umfangreichsten Agenden seit Jahren vorgenommen. Auf der gewaltigen Tagesordnung standen neben der Wettbewerbsfähigkeit, der Ukraine und Moldau, dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sowie dem Nahen Osten auch die europäische Sicherheit und Verteidigung, Migration sowie Erweiterung. Nach zweitägigen Beratungen fiel die Bilanz des Gipfels gemischt aus: So konnte eine Einigung zum MFR nicht erzielt werden – zu verhärtet waren die Fronten zwischen den "Frugals" und den "Friends of Cohesion". Auch in der Erweiterungspolitik blieb der Gipfel hinter den Erwartungen zurück. Positive Akzente setzte der Europäische Rat hingegen bei der Wettbewerbsfähigkeit: Insbesondere im Umgang mit China zeigten sich die Mitgliedstaaten geschlossen und forderten die Kommission auf, zusätzliche Instrumente zu entwickeln, um den globalen Überkapazitäten und unfairen Handelspraktiken entgegenzuwirken.

Hintergrund

Wie bereits bei vorangegangenen Gipfeln wurde die Tagesordnung insbesondere von der angespannten Weltlage und von der Frage bestimmt, wie die EU ihre Finanzen für die kommenden Jahre aufstellen kann.

Bereits am 28. September hatten Deutschland, Dänemark, die Niederlande, Österreich, Finnland und Schweden in einem gemeinsamen Schreiben an den irischen Premierminister deutlich gemacht, dass der Kommissionsvorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 um „mehrere hundert Milliarden Euro“ gekürzt werden müsse.² Die am 10. Oktober von der irischen Ratspräsidentschaft vorgelegte „Verhandlungsbox“ sieht nun eine Reduzierung des Budgets um rund 159 Milliarden Euro vor.³ 17 EU-Mitgliedstaaten, genannt „Freunde der Kohäsion“, kritisierten diese Einschnitte scharf.⁴ Bundeskanzler Friedrich Merz begrüßte zwar grundsätzlich eine Verringerung des Budgets, sprach sich aber gegen Kürzungen im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit aus.⁵ Damit zeichneten sich bereits im Vorfeld des Gipfels zunehmend verhärtete Fronten zwischen den Befürwortern und Gegnern eines schlankeren EU-Haushalts ab.

Mit Blick auf die Ukraine sorgte im Vorfeld des Gipfels vor allem der „Diesel-Deal“ zwischen US-Präsident Donald Trump und Wladimir Putin für Irritationen und Besorgnis in den europäischen Hauptstädten. Die EU hatte den Druck auf Moskaus Energieeinnahmen dagegen erst kürzlich weiter erhöht: Ihr umfangreiches 21. Sanktionspaket umfasst unter anderem so viele Neulistungen von Personen und Organisationen wie seit vier Jahren nicht mehr.⁶

¹ Jolanka Kocianova Vuong und Valerie Andres haben als Praktikantinnen ebenfalls an der Erstellung des Berichtes mitgewirkt.

² [Frugal countries pile on pressure to shrink EU budget | Euronews](#)

³ [EU-Haushalt - Irische Ratspräsidentschaft macht neuen Etat-Vorschlag](#)

⁴ [EU leaders to resume talks on the bloc's security — from Ukraine to defense - POLITICO](#)

⁵ Ebd.

⁶ [EU-Außenminister: Sanktionspaket mit willkommener Nebenwirkung | tagesschau.de](#)

Das eigentliche Kernthema des Gipfels, die Wettbewerbsfähigkeit, gewann angesichts hoher Energiepreise und des Handelsungleichgewichts zwischen der EU und China ebenfalls an Dringlichkeit. Merz und der französische Präsident Emmanuel Macron hatten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen deshalb kurz vor Beginn des Gipfels in einem gemeinsamen Brief Vorschläge für neue Handelsschutzinstrumente unterbreitet.⁷

Ergebnisse des Europäischen Rats⁸

Wettbewerbsfähigkeit

Aufbauend auf den EU-Ratsgipfeln im März und Juni 2026 fordern die Staats- und Regierungschefs dazu auf, die Anstrengungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU in allen Dimensionen fortzusetzen.

Dabei nimmt der Europäische Rat eine Überprüfung der „One Europe, One Market - Agenda“ vor. Während der Fortschritt bei einigen Kernvorschlägen positiv bewertet wird, wird bei anderen Kernvorhaben sowie beim Automobilpaket mehr Fortschritt gefordert -sowohl bei den Ambitionen als auch bei den für 2026 gesetzten Zielvorhaben.

Der Rat fordert die EU-Kommission zudem dazu auf, weitere Initiativen zu ergreifen, um administrative und regulatorische Hürden abzubauen, die Entstehung neuer Belastungen im Gesetzgebungsprozess zu vermeiden sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Der Europäische Rat betont ferner die Wichtigkeit, hohe Energiepreise zu bekämpfen und erörtert die Auswirkungen der aktuellen geopolitischen Lage. Die Staats- und Regierungschefs sind sich einig, dass diese Lage dringend koordinierte und zeitlich begrenzte europäische Maßnahmen erfordert, die die Umstände der einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigen.

Langfristig betrachtet der Rat die Reduzierung der Abhängigkeit von volatilen fossilen Brennstoffmärkten sowie die Energiewende als die effektivste Strategie zur Reduzierung von Energiepreisen. Im Rahmen der Überprüfung des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) fordert der Rat zu einem funktionsfähigen CO₂-Markt auf. Dieser soll die industrielle Wettbewerbsfähigkeit stärken, CO₂-Preisschwankungen und deren Auswirkungen auf die Strompreise verringern und zugleich durch marktwirtschaftliche Preissignale die Energiewende fördern.

Der EU-Rat verschafft sich zuletzt auch einen Überblick über die makroökonomischen Ungleich-

gewichte und beauftragt die EU-Kommission, ihren Instrumentenkasten zu erweitern und neue Instrumente gegen diese Ungleichgewichte zu entwickeln.

Ukraine

In Bezug auf die Ukraine gelang es den Staats- und Regierungschefs auch diesmal, eine von allen 27 Mitgliedstaaten getragene Erklärung zu verabschieden. Damit hält die seit dem politischen Umbruch in Ungarn wiedergewonnene Geschlossenheit auch beim zweiten Ratsgipfel in Folge.

In den Schlussfolgerungen nehmen die Staats- und Regierungschefs zunächst Bezug auf ihren Austausch mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Sie bekräftigten traditionsgemäß ihre "fortgesetzte entschlossene und unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine", unterstreichen die Notwendigkeit eines "umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens", die Bedeutung stabiler Sicherheitsgarantien für die Ukraine sowie den Anspruch der EU, bei einer diplomatischen Beilegung des Krieges eine "zentrale Rolle" einzunehmen.

Finanziell nahm der Rat die laufenden Auszahlungen aus dem 90-Milliarden-Euro-Darlehen sowie die Freigabe von 6,6 Milliarden Euro aus der Europäischen Friedensfazilität positiv zur Kenntnis. Der kurzfristige Finanzbedarf der Ukraine gilt damit als gedeckt; über den weiteren Bedarf will der Rat zeitnah beraten.

Mit Blick auf Russland begrüßten die Staats- und Regierungschefs das kürzlich verabschiedete 21. Sanktionspaket. Bemerkenswert deutlich bedauerten sie den „Diesel-Deal“ zwischen Russland und den Vereinigten Staaten. Zugleich verurteilten sie die zuletzt intensivierten Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung und forderten Russland auf, einer Waffenruhe zuzustimmen.

Neu ist der Fokus der Schlussfolgerungen auf die Schwarzmeerregion: Russlands gezielte Angriffe auf Häfen, Getreideinfrastruktur und Handelsschiffe, darunter Schiffe unter EU-Flagge in den Wirtschaftszonen Bulgariens und Rumäniens, wertete der Rat als klaren Bruch des Seerechts und als Gefahr für die globale Ernährungssicherheit. Scharf verurteilt wurden zudem die als „Wahlen“ deklarierten Vorgänge in den besetzten Gebieten der Ukraine. Ebenso lehnten die Staats- und Regierungschefs eine Normalisierung der Teilnahme Russlands und Belarus an internationalen Sport- und Kulturveranstaltungen ab.

⁷ [Why Germany backs tougher EU trade measures on China](#)

⁸ Hauptquelle, die dieser Publikation zu Grunde liegt, sind die offiziellen Ratsschlussfolgerungen: [en-20261016-european-council-conclusions.pdf](#)

Abschließend würdigte der Rat die Eröffnung der Cluster 2 „Binnenmarkt“ und 3 „Wettbewerbsfähigkeit und integratives Wachstum“ in den EU-Beitrittsverhandlungen der Ukraine.

Moldau

Neben der Ukraine befasste sich der Europäische Rat auch mit der Republik Moldau. Er begrüßte dabei insbesondere die Eröffnung der Verhandlungskluster 2 und 3, die parallel zur Ukraine erfolgt war.

Mehrjähriger Finanzrahmen (MFF)

Der Europäische Rat diskutiert auf Grundlage der von der irischen Ratspräsidentschaft vorgelegten aktualisierten Verhandlungsbox die zentralen Eckpunkte eines ausgewogenen Kompromisses zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen. Um den Einsatz von EU-Mitteln ab Januar 2028 ohne Verzögerung zu gewährleisten, betont er die Notwendigkeit einer Einigung bis Ende 2026 und fordert den Ratspräsidenten auf, die Verhandlungen entsprechend voranzutreiben.

Nahost

In Bezug auf den Nahen Osten zeigt sich der Rat zutiefst besorgt über die anhaltende militärische Eskalation und ruft alle Akteure auf, destabilisierende Aktivitäten einzustellen und die Freiheit der Schifffahrt zu gewährleisten.

Er verurteilt die Angriffe des Iran auf seine Nachbarstaaten und fordert Teheran sowie dessen Verbündete auf, die territoriale Integrität dieser Staaten zu achten. Verurteilt werden auch die Beeinträchtigungen der Schifffahrt in der Straße von Hormus; jede künftige Regelung müsse mit dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS) vereinbar sein. Der Rat bekräftigt, dass der Iran niemals in den Besitz einer Nuklearwaffe gelangen dürfe, mahnt zur Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags und fordert ein Ende der Repression gegen die eigene Bevölkerung.

Mit Blick auf den **Jemen** verurteilt der Rat die militärische Eskalation der Huthis, solidarisiert sich mit den Regierungen Jemens und Saudi-Arabiens und ruft zu humanitärer Hilfe auf. Die Huthis sollen ihre Angriffe auf zivile Schifffahrt im Roten Meer und in der Meerenge Bab al-Mandab einstellen. Die defensive EU-Marineoperation ASPIDES soll gestärkt werden.

In Bezug auf **Gaza und das Westjordanland** bekennt sich der Rat erneut zur Zwei-Staaten-Lösung und verurteilt Handlungen und Rhetorik, die diese untergraben. Angesichts der besorgniserregen-

den Lage fordert er Israel auf, ungehinderten humanitären Zugang zu gewähren. Mit Sorge blickt der Rat auf die mangelnden Fortschritte bei der Umsetzung der UN-Resolution 2803 und betont, dass die Hamas keine Rolle bei der künftigen Regierung Gazas spielen dürfe.

Die EU will sich zudem weiter an der Umsetzung besagter Resolution sowie dem Wiederaufbau beteiligen, etwa über die fortgeführten Missionen EUBAM Rafah und EUPOL COPPS sowie die jüngste „Team Gaza“-EU-Initiative.

Zudem bedauert der Rat die Verschiebung der palästinensischen Wahlen und ruft die Palästinensische Autonomiebehörde auf, diese so bald wie möglich nachzuholen. Der Rat bekräftigt zugleich seine Unterstützung für die Autonomiebehörde und appelliert an Israel, Steuer- und Zolleinnahmen freizugeben.

Verurteilt werden ferner die rechtswidrige Siedlungsausweitung im Westjordanland und die zunehmende Siedlergewalt. Israel solle insbesondere Ausschreibungen für Bauvorhaben im E1-Gebiet zurücknehmen. Erneut verweist der Rat auf rechtliche Risiken und Reputationsschäden für Unternehmen, die sich um solche Bauaufträge bewerben.

Mit Blick auf den **Libanon** begrüßt der Rat die im Juni unterzeichnete israelisch-libanesischen Rahmenvereinbarung und mahnt deren Einhaltung an. Er fordert die Umsetzung der UN-Resolution 1701⁹ und begrüßt die neue EU-Unterstützungsmission (EUSM Lebanon) für die libanesischen Streitkräfte.

Zu **Syrien** bekräftigt der Rat seine Unterstützung für einen friedlichen Übergang und nimmt die konstituierende Sitzung der Volksversammlung zur Kenntnis. Die EU sei entschlossen, ihre Partnerschaft mit Syrien zu vertiefen. Zugleich ruft der Rat alle Akteure auf, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Syriens zu achten.

Europäische Sicherheit und Verteidigung

In puncto europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bekräftigt der Rat, dass Russland und sein Angriffskrieg gegen die Ukraine eine existenzielle Herausforderung für Europa darstellen. Die intensiven hybriden Angriffe und Sabotageaktionen gegen die EU unterstrichen die Notwendigkeit, die europäische Verteidigungsfähigkeit weiter zu stärken. Das eskalierende und rücksichtslose Verhalten Russlands werde nicht unbeantwortet bleiben.

⁹ Die Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrates wurde im August 2006 angenommen und beendete damit die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hisbollah desselben Jahres.

Vor diesem Hintergrund gelte es, Resilienz zu stärken und kritische Infrastruktur zu schützen. Hierfür würden alle verfügbaren Instrumente genutzt, einschließlich der „EU hybrid toolbox“, wobei die Hauptverantwortung bei den Mitgliedsstaaten liege – wenngleich der Rat seine Arbeit dahingehend intensiviere. Man werde diesen Bedrohungen resolut und koordiniert begegnen, beispielsweise durch verschärfte Visaauflagen gegen russische Staatsangehörige.

Der Rat verdeutlicht außerdem, dass Verteidigungsfähigkeit schnell und umfangreich erreicht werden müsse, um den Bedrohungen autonom im Sinne des 360°-Ansatzes begegnen zu können. Er ermutigt zur weiteren Arbeit an der Eastern Flank Watch und anderen Flagship Initiativen zum Schutz sämtlicher EU-Grenzen. Zudem solle insbesondere der Aufbau der Drohnenabwehr beschleunigt werden.

Erstmals wurde zudem der jährliche Verteidigungsfähigkeitsbericht der European Defence Agency vorgestellt. Der Rat begrüßt diesen und stimmt ihm im Allgemeinen und insbesondere bei den Strategischen Fähigkeiten zu. Der Rat fordert die Mitgliedsstaaten außerdem auf, die sog. Fähigkeitskoalitionen zu beschleunigen und existierende Projekte gegenüber Neuaufgaben zu bevorzugen.

Mit Blick auf die Industrie unterstreicht der Rat, dass die Schnelligkeit, Skalierbarkeit und Unterstützung der Ukraine Vorrang habe. Ebenso wichtig seien die Interoperabilität sowie verlässliche Rahmenbedingungen. Besonders betont der Rat die Zusammenarbeit mit der ukrainischen Verteidigungsindustrie aufgrund ihrer einzigartigen Erfahrung.

Wie auch bei vorherigen Ratsgipfeln wird zuletzt hervorgehoben, dass eine fähigere EU komplementär zur NATO sei und sich positiv auf die globale und transatlantische Sicherheit auswirke – insbesondere wolle die EU mit gleichgesinnten Partnern zusammenarbeiten.

Migration und Ceuta

Angesichts der Krise im spanischen Ceuta in Nordafrika diesen Sommer nahm Migration bei diesem Ratsgipfel einen größeren Raum ein, inklusive einer hitzigen Debatte über Spaniens Migrationspolitik und die Haltung der EU, jedoch nahezu ohne jegliche Einigungen. Dementsprechend fiel der schriftliche Teil zu Migration in den Schlussfolgerungen besonders kurz aus. Der Rat vermerkt seine „strategische Diskussion“ zum „migrationspolitischen Ansatz der EU insgesamt“ sowie die Fortschritte der EU in diesem Bereich, die vom inzwischen traditionellen „Migrationsbrief“¹⁰ der

Kommissionspräsidentin an die Ratsmitglieder zwei Tage vor Gipfelbeginn aufgelistet wurden. Außerdem begrüßt der Rat die Absicht der Kommission, mit den Mitgliedstaaten an der Entwicklung eines neuen Notfallmechanismus für Migrationskrisen und zu „allen Formen der Instrumentalisierung [von irregulärer Migration]“ zu arbeiten. Der Rat will seine Diskussion zu dem Thema beim nächsten Gipfel fortsetzen. Unter dem gesondert aufgeführten Tagesordnungspunkt „Ceuta und Melilla“ bekundet der Rat derweil seine volle Solidarität mit Spanien hinsichtlich der Krise am 30. und 31. Juli, erkennt die „besondere Situation“ der Exklaven mit den einzigen EU-Landgrenzen in Afrika an und begrüßt vor diesem Hintergrund die „finanzielle und operative Unterstützung der EU“.

Erweiterung

Wie bereits in den Schlussfolgerungen des vorangegangenen Gipfels angekündigt, befasste sich der Europäische Rat auch mit der Erweiterung und Reform der EU. Die 27 Staats- und Regierungschefs bekräftigten dabei, dass sie die Erweiterung als „geostrategische Investition in Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand“ betrachten. Der Prozess müsse jedoch leistungsbasiert bleiben und den Fortschritten jedes Kandidatenlandes einzeln Rechnung tragen. Zudem müssten sowohl die Kandidatenländer als auch die EU selbst für einen Beitritt gerüstet sein. Der Rat nimmt außerdem Bezug auf die Mitteilung der Kommission „Bereit für eine größere Union“ und nimmt das Ziel der irischen Ratspräsidentschaft, die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro vorläufig abzuschließen, zur Kenntnis.

Weitere Themen

Arktis: Der Europäische Rat unterstreicht die strategische Bedeutung der Arktis für die europäische und globale Sicherheit und spricht sich für ein stärkeres EU-Engagement für eine sichere, friedliche, und resiliente Arktis aus. Er nimmt den EU-Arktisgipfel von Rovaniemi im September zur Kenntnis und erwartet die Gemeinsame Mitteilung zur nördlichen Nachbarschaft Europas.

Ein sicherer digitaler Raum: Angesichts zunehmender fremder Einflussnahme im Informationsraum betont der Rat die Wichtigkeit demokratischer Resilienz sowie die Verantwortung der Onlineplattformen im Kampf gegen Desinformationen. Darum ruft der Rat die Kommission auf, zügig die Revision der Richtlinien zu systemischen Risiken für Wahlprozesse im Rahmen des DSA abzuschließen. Zudem nimmt der Rat den Vorschlag des EU KIDS Act der Kommission für eine Altersbeschränkung in Sozialen Medien zur Kenntnis.

¹⁰ [document-2026_10_34.pdf](#)

COP 31: Mit Blick auf die nahende UN-Klimakonferenz COP 31 im türkischen Antalya pocht der Rat darauf, dass sichergestellt werden müsse, dass alle Mitgliedstaaten gleichberechtigt teilnehmen und behandelt werden.

Völkerrecht: Der Rat ruft zuletzt zur Aufhebung amerikanischer Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof und dessen Mitarbeitende auf. Zugleich bekräftigt er seine uneingeschränkte Unterstützung für die Unabhängigkeit und Arbeitsfähigkeit des IstGHs sowie für den Schutz aller Institutionen, die dem Völkerrecht Geltung verschaffen.

Kommentar

Das Thema **Wettbewerbsfähigkeit** gewinnt beim Europäischen Rat zunehmend an Dynamik und dominiert zu Beginn die Agenda. Die Dringlichkeit, die im interinstitutionellen Fahrplan „*One Europe, One Market*“ festgelegten Reformziele umzusetzen, wurde erkannt. Entsprechend verständigte man sich darauf, die Arbeiten in zentralen Handlungsfeldern zu beschleunigen, ebenso auf eine Reform der europäischen Automobilpolitik.¹¹ Letzteres ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass sich Deutschland und Frankreich am Rande des Gipfels auf ein gemeinsames Vorgehen zur Sicherung der europäischen Automobilindustrie geeinigt haben.¹²

Auch bei den Handelsschutzinstrumenten, die den europäischen Binnenmarkt vor globalen Überkapazitäten und unfairen Handelspraktiken schützen sollen, konnte eine gemeinsame Linie gefunden werden. Damit erhält die Europäische Kommission zusätzlichen Handlungsspielraum und kann selbstbewusster gegenüber China auftreten.¹³

Die durch geopolitische Krisen verschärfte Belastung infolge hoher Energiepreise hingegen sorgt weiterhin für Uneinigkeit darüber, wie die EU kurzfristig Abhilfe schaffen kann. Die Debatte entzündete sich rund um das wichtigste Instrument für die europäische Energiewende, das Europäische Emissionshandelssystem (ETS).¹⁴ Langfristig besteht dagegen Einigkeit darüber, dass die Energiewende ein wesentlicher Baustein für Europas strategische Autonomie ist.

Dass beim Mehrjährigen Finanzrahmen keine Einigung erzielt wurde, kam hingegen wenig überraschend: Die Positionen der „*Friends of Cohesion*“ und der „*Frugal States*“ liegen weiterhin zu weit auseinander.¹⁵ Ratspräsident Costa hat nun die Aufgabe, bis zum Ende des Jahres eine Einigung zu vermitteln. Dabei sollte er die Prioritätensetzung in den Mittelpunkt rücken und insbesondere auf Bereiche fokussieren, in denen gemeinsames Handeln Skaleneffekte ermöglicht, allen voran die Stärkung der europäischen Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit.¹⁶

Dass die **Ukraine** diesmal erst an zweiter Stelle der Schlussfolgerungen steht, sollte keinesfalls als nachlassende Unterstützung seitens der EU missverstanden werden.¹⁷ Im Gegenteil: Die jüngste Einigung über das 21. Sanktionspaket zeigt, dass der Zusammenhalt unter den Mitgliedstaaten trägt. Angesichts der geopolitisch volatilen Lage ist dies auch dringend geboten: Denn während Russland seine Angriffe auf die Ukraine weiter intensiviert, wächst zugleich der Druck auf die EU selbst, wie die Drohnenangriffe auf Frachter im Schwarzen Meer in aller Deutlichkeit zeigen.

Politische Einigkeit allein wird jedoch nicht genügen, um die Ukraine dauerhaft verteidigungsfähig zu halten. Das im vergangenen Dezember vereinbarte 90-Milliarden-Euro-Darlehen sollte die Ukraine eigentlich durch die Jahre 2026 und 2027 tragen. Doch schon jetzt tun sich neue Finanzierungslücken auf.¹⁸ Das Thema dürfte daher bald wieder auf der Tagesordnung der Staats- und Regierungschefs stehen, womöglich bereits beim Dezembergipfel. Ob dann erneut eine Einigung gelingt, ist keineswegs ausgemacht, zumal die Slowakei unter Robert Fico offen auf eine Wiederannäherung an Moskau setzt.¹⁹

In Bezug auf den **Nahen Osten** haben die Entwicklungen der vergangenen Monate die relative Erleichterung des Juni-Gipfels über die amerikanisch-iranische Rahmenvereinbarung (MoU) rasch überholt. Nach erneuten iranischen Angriffen auf Handelsschiffe, amerikanischen Gegenschlägen und iranischen Vergeltungsangriffen auf US-Stützpunkte in Bahrain und Kuwait erklärte Präsident Trump das Memorandum Anfang Juli am Rande des NATO-Gipfels in Ankara für „over“.²⁰ Mitte Juli

¹¹ EU-Gipfel: Mehr Verbrenner, weniger China – Merz und Macron besiegeln Autopakt sowie Merz und Macron einigen sich auf neuen EU-Autopakt – FOCUS online

¹² Gemeinsame deutsch-französische Presseerklärung zur Zukunft der europäischen Automobilindustrie

¹³ EU plant Schutzmaßnahmen gegen Chemie und Maschinen aus China | FAZ

¹⁴ EU leaders' summit descends into 3-hour argument over taxing car emissions – POLITICO

¹⁵ Joint statement by the 17 leaders of the 'Friends of Cohesion' group | www.governo.it sowie Frugal countries pile on pressure to shrink EU budget | Euronews

¹⁶ How to Finance Europe's Future - Why the next MFF will be decided by priorities, not by volume | IEP sowie Regierungserklärung von Bundeskanzler Merz | Bundesregierung

¹⁷ Politico Brussels Playbook, 16. Oktober 2026.

¹⁸ EU leaders to resume talks on the bloc's security — from Ukraine to defense – POLITICO

¹⁹ How Russia plans to revive its ties with Slovakia – POLITICO

²⁰ Trump says MOU is 'over', calls Iranian leaders 'scum' following latest strikes | ABC News sowie US and Iran trade fire as tensions rise over Strait of Hormuz

nahmen die USA ihre Seeblockade iranischer Häfen wieder auf, woraufhin der Iran die Umsetzung seiner Verpflichtungen aus dem MoU aussetzte.²¹ Seitdem dauern die Feindseligkeiten an; Anfang Oktober erreichten die Angriffe auf Tanker ihren bisherigen Höchststand seit Kriegsbeginn.²²

Die an eine Waffenruhe geknüpfte, von Frankreich und Großbritannien angeführte multinationale Mission zur Sicherung der Straße von Hormus ist somit nie zustande gekommen. In den Schlussfolgerungen findet sie entsprechend keine Erwähnung mehr. Stattdessen setzt die EU auf Diplomatie: Gemeinsam mit insgesamt 60 Staaten hat sie sich an diesem Montag in einer Erklärung gegen Gebühren und Zugangsbeschränkungen für internationale Meerengen ausgesprochen.²³

Mit den Angriffen der Huthis auf Saudi-Arabien und deren Kontrolle über die Meerenge des Bab al-Mandab ist zudem ein zweiter Engpass des Welthandels unter Druck geraten.²⁴ Der Rat fordert daher eine Stärkung der defensiven EU-Marineoperation ASPIDES. Beim Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Golf-Kooperationsrat (GCC) nächste Woche in Riad wird sich zeigen, wie glaubwürdig Europa als Sicherheitspartner der Golfstaaten auftreten kann.

In Bezug auf Gaza stockt die Umsetzung des von der UN unterstützten Friedensplans.²⁵ Der Rat rückt daher stärker eigene Instrumente in den Vordergrund, etwa die „Team Gaza“-Initiative zur Wiederherstellung der Grundversorgung.²⁶

Trotz des ausdrücklichen Aufrufes des Rates²⁷ in den Schlussfolgerungen von Juni eröffnete Israel im August die Ausschreibung für das E1-Gebiet im Westjordanland. Der Rat verschärft nun den Ton und fordert die Rücknahme der Ausschreibungen, neue Instrumente bleiben jedoch aus. Daher gehen nun nationale Koalitionen voran: Zwölf Staaten, darunter acht EU-Mitglieder sowie Großbritannien und Kanada, sprachen sich für nationale oder europäische Beschränkungen des Handels mit Siedlungsprodukten aus.²⁸

Zudem hat die EU die im Juni in Aussicht gestellte Unterstützungsmission EUSM Lebanon eingerichtet-

tet: Für zunächst drei Jahre sollen die libanesischen Streit- und Sicherheitskräfte beraten und ausgebildet werden.²⁹

In puncto **Europäische Sicherheit und Verteidigung** markieren die Schlussfolgerungen eine spürbare Verschärfung der Tonlage. Besonders auffällig ist die Charakterisierung Russlands als „existenzielle Bedrohung“ für Europa, gekoppelt mit dem Verweis, dass Russland „rücksichtslos“ handle. Dies ist als unmittelbare Reaktion auf die anhaltende Eskalation russischer Aktivitäten zu verstehen. Vorfälle wie der russische Brandanschlag am Flughafen Leipzig/Halle haben die Wahrnehmung eines systematischen russischen „Schattenkriegs“ gegen Europa zusätzlich verstärkt.³⁰ Die neue, verschärfte Tonlage des Rates unterstreicht dabei die Bereitschaft der EU, russisches Verhalten öffentlich und politisch deutlich schärfer zu adressieren und zu beantworten. Dies wird durch die konkrete Benennung von Instrumenten deutlich: mit dem Verweis auf die EU Hybrid Toolbox und möglichen Visa-Restriktionen macht der Rat deutlich, dass hybride Angriffe künftig sichtbarer politische Konsequenzen haben sollen. Die starke Betonung von Drohnen und Drohnenabwehr reflektiert die Lehren aus dem Krieg in der Ukraine sowie den jüngsten Angriffen auf zivile Schiffe im Schwarzen Meer – woraufhin Bulgarien und Rumänien am Rande des Gipfels ein Moratorium von Angriffen solcher Art forderten.

Sommer und Herbst 2026 wirbeln die europäische **Migrationspolitik** neu auf. Das liegt zum einen an der hitzigen Debatte über die Bilder aus Ceuta und die starke Kritik mehrerer Mitgliedstaaten an Spaniens Regierung, zum anderen aber auch an konkreten neuen Instrumenten, die die EU jetzt zur Kontrolle der irregulären Migration einführen will – und wie sie auf diesem Ratsgipfel eigentlich auch festgehalten werden sollten. Dazu zählt zunächst das überarbeitete Mandat der EU-Grenzschutzagentur Frontex, das Ende Oktober vorgestellt wird. Im Sinne des „whole-of-route approach“ soll die Agentur künftig auch jenseits der EU-Außengrenzen tätig werden, etwa bei verstärkten Rückführungen, in der Zusammenarbeit mit Partnerländern sowie beim „forecasting“ und der „crisis

²¹ [Trump Declares Hormuz Blockade Back On—Threatens Fines | Forbes](#)

²² [Tanker attacks in Strait of Hormuz surge to wartime high as Iran tries to choke off oil exports | CNBC](#)

²³ [Sixty countries back declaration opposing strait tolls | Reuters](#)

²⁴ [Yemen's Houthis take over strait vital to global shipping](#)

²⁵ [Hamas reaches Gaza disarmament agreement with Board of Peace | Al Jazeera](#) sowie [Board of Peace says no Israeli withdrawal from Gaza before Hamas disarms | Al Jazeera](#)

²⁶ [EU steps up international support for Palestinians with major initiative for Gaza's early recovery and stronger international coordination | European Commission](#)

²⁷ [European Council conclusions](#), 18-19.06: It urges the Government of Israel to reverse the expansion of settlements, including in the E1

area, which are illegal under international law (...) The European Council stresses that businesses should not bid for construction contracts for E1 or other settlement developments and underlines the legal and reputational consequences for businesses participating in settlement construction, including the risk of serious breaches of international law.

²⁸ [Joint Statement of the Foreign Ministers of Canada, Denmark, Finland, France, Iceland, Ireland, Norway, Poland, Portugal, Spain, Sweden and the UK on the Two-state Solution | Government of Canada](#)

²⁹ [Lebanon: EU establishes new CSDP support mission to strengthen defence and security institutions | Consilium](#)

³⁰ [Can we still call Russia's strategy against the EU hybrid? | Rapporteur](#)

response“. Hinzu kommt der neue EU-Migrations-notfallmechanismus, den die Kommissionspräsidentin bereits Mitte September in ihrer Rede zur Lage der EU angekündigt hatte³¹ und im Anschluss an den Gipfel noch für 2026 angekündigt hat, welcher sowohl auf den innereuropäischen Streit über die Situation in Ceuta als auch auf Forderungen mancher EU-Grenzstaaten nach besseren rechtlichen Möglichkeiten der Krisenbeherrschung reagieren soll.³² Präsident Macrons Appell bei seiner anschließenden Presseerklärung, das Thema nicht unnötig „exzessiv“ zu politisieren und auch die Erfolge der EU – beispielsweise den Rückgang irregulärer Grenzübertreitte auf den niedrigsten Stand seit 2021 – hervorzuheben, verhalte hingegen.

Im Bereich der **Erweiterungspolitik** bleiben die Ergebnisse des Gipfels hinter den Erwartungen zurück. Obwohl Ratspräsident Costa in seinem Einladungsschreiben eine Debatte mit „strategischen Leitlinien“ angekündigt hatte, beschränken sich die Schlussfolgerungen hauptsächlich auf bereits bekannte und wenig innovative Positionen.³³

Aufschlussreich ist daher weniger, was der Text enthält, als was er nicht enthält: Mehrere Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, hatten sich zuletzt dafür eingesetzt, die Zahl der Einzelentscheidungen im Rat während der Beitrittsverhandlungen zu verringern. Auch eine schrittweise Heranführung der Kandidatenländer an die EU-Institutionen, etwa durch einen Beobachterstatus bereits vor dem Beitritt, sowie eine Reform der EU-Außenpolitik fanden letztlich keinen Eingang in die Schlussfolgerungen. Besonders bemerkenswert ist zudem, dass eine im ursprünglichen Entwurf noch enthaltene Passage gänzlich gestrichen wurde. Sie erwähnte das Ziel eines Abschlusses der Beitrittsverhandlungen mit Montenegro noch in diesem Jahr und forderte eine rasche Finalisierung des Beitrittsvertrags. Dies zeigt, wie gering die Bereitschaft unter einigen der 27 ist, Erweiterung und EU-Reform tatsächlich strategisch zu denken. So bleibt der Eindruck eines Rates, der trotz des aktuellen Momentums im Erweiterungsprozess wenig Appetit auf echte Weichenstellungen zeigte. Für eine Union, die sich gern als geopolitischer Akteur versteht, ist das eine vertane Chance.

Fazit

Was ursprünglich als "Erweiterungsgipfel" angekündigt worden war – Erweiterungskommissarin Marta Kos sprach im Vorfeld gar von einem möglichen „Helsinki-Moment“ –, entwickelte sich letztlich vor allem zu einem Ringen um den EU-Haushalt.³⁴ Die bereits im Vorfeld deutlich gewordenen Differenzen zwischen den "frugalen" Mitgliedsstaaten und den Befürwortern eines ausgedehnteren Haushalts prägten die Beratungen maßgeblich. Eine strategische Neuausrichtung der Erweiterungspolitik blieb hingegen aus.

Gleichzeitig verdeutlichte der Gipfel eine zunehmende Verschärfung der Tonlage gegenüber Russland, die sich nicht nur in den Beratungen zur Ukraine, sondern auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik widerspiegelte. Gegenüber China gelang den Staats- und Regierungschefs zugleich ein gemeinsamer Ansatz, der den Anspruch auf weitere Zusammenarbeit mit einer klaren Benennung bestehender Differenzen und wirtschaftlicher Herausforderungen verbindet.

Im Zentrum der weiteren europäischen Agenda stehen nun insbesondere die festgefahrenen Verhandlungen über den MFR. Auch wenn beim Gipfel keine Einigung erzielt werden konnte, wurden die unterschiedlichen nationalen Positionen weiter ausgelotet.³⁵ Ratspräsident Costa kommt nun die entscheidende Aufgabe zu, mit einem überarbeiteten Vorschlag in den kommenden Wochen neue Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen zu bringen und insbesondere die Frage der neuen Eigenmittel noch stärker zu adressieren. Dieser Vorschlag soll dann den Weg für den angekündigten Sondergipfel am 26. November ebnen.³⁶ Das erklärte Ziel bleibt eine rechtzeitige Einigung, idealerweise noch bis Ende 2026. Mit Blick auf die anstehenden Wahlen in mehreren Mitgliedstaaten im Jahr 2027, insbesondere in Frankreich, wächst zugleich der Zeitdruck. Die Ankündigung von Marine Le Pen, eine Einigung über den EU-Haushalt vor den französischen Präsidentschaftswahlen nicht zu akzeptieren, unterstreicht die Gefahr, dass innenpolitische Dynamiken die europäischen Verhandlungen zusätzlich erschweren könnten. Umso wichtiger wird es sein, in den kommenden Monaten einen tragfähigen Kompromiss zu finden.

³¹ [Rede zur Lage der Europäischen Union \(SOTEU\) 2026 - Brussels Europe Office - Konrad-Adenauer-Stiftung](#)

³² [Greece's Mitsotakis: EU needs new tools to fight back against weaponized migration - POLITICO](#)

³³ [Tagung des Europäischen Rates am 15./16. Oktober 2026 – Einladungsschreiben von Präsident António Costa an die Mitglieder des Europäischen Rates - Consilium](#)

³⁴ [Speech at Conference of Ambassadors](#)

³⁵ [Ringens um neuen EU-Haushalt: Showdown in Zeitlupe | tageschau.de](#)

³⁶ Jonathan Packroff und Antonia Zimmermann, "MFR: Costa will in den kommenden Wochen neue Verhandlungsbox vorlegen", Europe Table, 16. Oktober 2026.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Beatrice Gorawantschy

Leiterin des Europabüros

Europabüro Brüssel

www.kas.de/bruessel

beatrice.gorawantschy@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)